

Vortrag am 20. Oktober 1999
von Prof. Dr. Bernd Jürgen Wendt
Historisches Seminar der Universität Hamburg

Bismarcks Außenpolitik von 1871 bis 1890

Die „Ära Bismarck“ wurde schon von den Zeitgenossen und wird im Grunde bis heute zwiespältig und kontrovers bilanziert: Innenpolitisch wird dem Kanzler vorgeworfen, er habe das politische System durch seine beharrliche Abwehr aller modernisierenden und liberalisierenden Reformbestrebungen und die Gesellschaft durch Kulturkampf und Sozialistengesetze in eine Sackgasse manövriert, nach allen Seiten durch den Aufbau von „Reichsfeinden“ nur polarisierend gewirkt und versucht, einen versteinerten halbabsolutistischen Anachronismus gegen die modernen Zeittendenzen zu immunisieren und zu konservieren. In der Außenpolitik nahm und nimmt sich die Bilanz dagegen sehr viel positiver und zukunftsfähiger aus - dies nicht zuletzt durch die brillante Selbstdarstellung des Friedrichsruher Patriarchen selbst in seinen letzten acht Lebensjahren und durch die erfolgreichen Bemühungen seiner Hagiographen in der Wissenschaft und in den Medien: hier tritt uns der geniale Jongleur mit den fünf Kugeln entgegen, der wie ein virtuoser Demiurg das Reich nach innen geeint und nach außen immerhin für mehr als vier Jahrzehnte gesichert und ihm den Frieden verbürgt habe; der allmächtige Kanzler in Berlin, der alle außenpolitischen Fäden in der Hand gehabt, vom europäischen Zentrum aus als „Riese unter lauter Zwergen“ die Geschicke Europas gelenkt und die benachbarten Staaten vielfach wie Marionetten nach seinem Willen habe tanzen lassen. Bismarck habe, so hörte man es schon zu seinen Lebzeiten, seinen Nachfolgern außenpolitisch „ein geordnetes Haus“ hinterlassen und dann mit ansehen müssen, wie diese unfähig und unter dem Kommando des forschen jungen Kaisers innerhalb kürzester Zeit alles verwirrt hätten.

Ein Stück Faszination, wenn auch offensichtlich gebremster Faszination, scheint auch noch bei einem kongenialen Außenpolitiker durch, für den die Beschäftigung mit Bismarck ein wichtiger und impulsgebender Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit ist: Henry Kissinger.

„Diese außerordentlich komplexe Persönlichkeit hat eine Lösung für die Frage der deutschen Einheit und einer europäischen Ordnung gefunden, eine Lösung, an die noch kein Mensch vor ihm gedacht hatte“.

„Bismarck hatte also einen Staat geschaffen, der im Hinblick auf das Gleichgewicht der Kräfte eine potentielle Gefahr für den Frieden in Europa darstellte. Aber trotz dieser recht zynischen Bewertung der Elemente der Macht hatte Bismarck doch Einsicht und Weitblick genug, nicht nur die Kräfte der einzelnen Elemente zu erkennen, sondern auch die Grenzen, die zu berücksichtigen waren“.

Zwei verlorene Kriege, der imperialistische Charakter der nationalsozialistischen Außenpolitik, die Katastrophe von 1945 und der - wie es lange schien - endgültige Verlust des kleindeutschen Nationalstaates nach nur 74 Jahren seines Bestehens haben seit langem den Blick auch für die negativen und problematischen Seiten Bismarckscher Außenpolitik geschärft und die Frage nach etwaigen Kontinuitätslinien ins 20. Jh. hinein provoziert. Die improvisatorischen und provisorischen Züge dieser Außenpolitik als eine mehr kurzfristige ad-hoc-

Krisenlösungsstrategie werden diskutiert, ihre Künstlichkeit und Widersprüchlichkeit, ihr Stückwerk-Charakter, ihr Mangel an langfristigen und friedensstabilisierenden Konzepten und ihre mangelnde Belastbarkeit herausgestellt; sogar „Perspektiv- und Zukunftslosigkeit“ werden ihr von Klaus Hildebrand attestiert. Auch wird von Wehler die „innere Front“ (Kehr) mit Nachdruck hervorgehoben, die nicht zuletzt durch Bismarcks tatkräftiges Zutun und unter seiner Verantwortung seinen außenpolitischen Handlungsspielraum entscheidend eingeschränkt, ja wie ein Bleigewicht außenpolitisches Handeln determiniert und in eine letztlich ausweglose und friedensgefährdende Richtung gelenkt habe: im Verhältnis zu Frankreich sollte die mit unter dem Druck der Militärs diktierte Abtretung Elsaß-Lothringens 1871 bereits früh einen gefährlichen Keim für einen Revanchekrieg legen und bis 1914 eine Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn blockieren; die Beziehungen zu Rußland wurden schwer und dauerhaft belastet durch die - auf Betreiben des konservativen „Machtkartells von Roggen und Eisen“ erzwungene - sukzessive Erhöhung der Schutzzölle gegen russische Getreideausfuhren in den Jahren 1880, 1885 und 1887 sowie durch die Aussperrung der Russen vom deutschen Kapitalmarkt mit dem Lombardverbot 1887, auf die die Militärs ebenso wie Industriekreise erfolgreich hinarbeiteten; eine zu enge „englische Intimität“ verbot sich für Bismarck schließlich aus Angst, damit liberalen Reformvorstellungen und einem „Kabinett Gladstone“ in Berlin mit Hilfe der gehaßten „Engländerin“ am Hofe, der Kronprinzessin Victoria, den Weg zu bereiten. Somit blieb das Verhältnis zu Großbritannien insgesamt von einer kühlen Koexistenz und einer gewissen Distanz geprägt, selbst wenn sich Bismarck in seinen letzten Regierungsjahren offenbar um eine engere Annäherung an das Kabinett Salisbury bemüht hat, ohne freilich in London auf eine positive Resonanz zu stoßen.

Ohne massive innenpolitische Einwirkungen und Pressionen auf die auswärtigen Beziehungen etwa auch in der kurzen Phase der Kolonialpolitik 1884/85 in Abrede stellen zu wollen, möchte ich mich doch entschieden gegen den von Wehler u.a. herausgestrichenen „Primat der Innenpolitik“ absetzen, verkennt dieser Primat doch m.E. gerade für die Ära Bismarck, daß hier die Außenpolitik doch in starkem Maße auch von einer gewissen Eigengesetzlichkeit, einer inneren „Ratio“ und vor allem von den wechselnden Konfigurationen im internationalen Mächtekonkordat geprägt worden ist. Ebenso wenig kann ich nachvollziehen, wenn Wehler einem ahistorischen Determinismus folgend im Zusammenhang mit Lombardverbot und massiven Schutzzollerhöhungen betont: „1888 wurden die Weichen für 1894 und 1914 gestellt, offenbar ohne daß der Primat der gesellschaftlichen und politischen Systemerhaltung, wie Berlin ihn definierte, eine wesentlich andere Richtung zugelassen hätte“.

Eine genaue und differenzierte Überprüfung dieser unterschiedlichen Interpretationsansätze und Bewertungen am konkreten realhistorischen Befund deutscher Außenpolitik zwischen 1871 und 1890 kann in diesem Rahmen natürlich nicht erfolgen. Deshalb erlauben Sie mir eine gebotene knappe Kommentierung von - wie ich meine - sieben zentralen und chronologisch geordneten Stationen und Schwerpunkten dieser Politik:

1. Die Etablierung des Reiches in der Mitte Europas 1871: Maximen und Optionen
2. Ein „Lehrstück für die Zukunft“ (Gall): die „Krieg-in-Sicht-Krise“ von 1875
3. Der „ehrliche Makler“ auf dem Höhepunkt seines Ansehens: Der Berliner Kongreß 1878
4. Über Wien nach Petersburg: vom Zweibund mit Österreich-Ungarn 1879 zum Dreikaiserbündnis von 1881

5. Der kurze Ausflug nach Übersee: Die Kolonialpolitik 1884/85
6. Das widersprüchliche „System der Aushilfen“ im Zeichen der westöstlichen „Doppelkrise“ 1885/87: Mittelmeerabkommen, Rückversicherungsvertrag, Orientdreibund
7. Das Erbe: Hypothek oder Anachronismus?

1. Die Etablierung des Reiches in der Mitte Europas: Maximen und Optionen

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 hatte sich, von Rußland und Großbritannien wohlwollend geduldet und befördert durch die einmalig günstige „Krimkriegssituation“ (Hillgruber) mit der weltpolitischen Rivalität zwischen „Walfisch“ (Großbritannien) und „Bär“ (Rußland), in der Mitte des Kontinents eine Großmacht etabliert, die auf Grund ihres politischen, wirtschaftlichen und demographischen Gewichts nahezu automatisch von Anfang an in die Stallung einer „Halbhegemonie“ (Dehio) einrückte.

Viel zitiert ist die Warnung, die der konservative Oppositionsführer Benjamin Disraeli am 9. Februar 1871 im Unterhaus seinem wichtigsten innenpolitischen Kontrahenten, dem Premier Gladstone, gegenüber hinsichtlich der Entwicklung im Herzen des Kontinents äußerte:

„Dieser Krieg (gemeint ist der deutsch-französische Krieg von 1870/71, Wdt.) bedeutet die deutsche Revolution, ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts“. Es gebe „keine überkommene Auffassung der Diplomatie“ mehr, „welche nicht fortgeschwemmt wäre“: „Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört, und das Land, welches am meisten leidet und die Wirkungen dieser großen Veränderung am meisten spürt, ist England“.

Im Interesse einer dauerhaften äußeren Absicherung der Reichsgründung war es für Bismarck existenziell geboten, den halbhegemonialen Status nicht allzu grell und auftrumpfend hervorzukehren, statt dessen immer wieder mit Nachdruck auf die Enthaltensamkeit und Saturiertheit des Reiches, seinen Verzicht auf expansive Ambitionen und Landgewinn hinzuweisen. Status-quo-Sicherung war das Gebot der Außenpolitik, nicht mehr, aber auch nicht weniger, konservative Beharrungspolitik nach innen wie nach außen, wie Bismarck sie verstand, möglichst in engem Zusammenwirken zwischen den drei konservativen Kaisermächten der „Heiligen Allianz“ von 1815 etwa im „Dreikaiserabkommen“ von 1873, allerdings nicht wie im Vormärz zur inneren Unterdrückung der Völker, wie der Reichskanzler ausdrücklich betonte.

Es war nicht zu verkennen, daß sich das europäische Gravitationszentrum von Paris nach Berlin verlagert hatte und die deutsche Hauptstadt für wenige Jahrzehnte zum Ort wichtiger internationaler Konferenzen - Berliner Kongreß 1878 und Berliner Kongo-Konferenz 1885 - wurde. Bismarck sah „sich und das Reich plötzlich ins Zentrum aller Aktionen gerückt. Er erschien jetzt gleichsam als der Spielmacher des europäischen Systems, als der Repräsentant jener Macht, von der eine Störung des europäischen Gleichgewichts nunmehr in erster Linie befördert wurde“ (Gall). Das Deutsche Reich mußte in die politische Karte Europas eingepaßt und seine Sicherheit in einem austarierten Spannungsfeld von Hegemonie und Gleichgewicht definiert und garantiert werden. Es mußte für seine mißtrauischen Nachbarn kalkulierbar bleiben. Auftauchende Ängste galt es im Keim zu ersticken, wie sie beispielhaft die „Times“ am 7. September 1876 formulierte:

„Wir stehen unter dem Eindruck, daß eine ungeheure Macht, die sich zum Guten oder zum Bösen entwickeln kann, einigermaßen plötzlich in unserer Mitte aufgetaucht ist, und daher

bemühen wir uns mit interessierter Aufmerksamkeit darum, ihren Charakter und ihre Absichten auszumachen“.

Bismarck war sich stets bewußt, daß die Erhaltung der von ihm anvisierten internationalen Ruhelage immer prekärer wurde. Die Tendenzen der Moderne drohten die Außenpolitik in allen Staaten dramatisch in Bewegung zu setzen und Kräfte zu entbinden, die dann an den Konferenz- und Kabinetttischen nicht mehr zu zügeln waren: Das Zeitalter des Imperialismus war angebrochen, eine industriewirtschaftliche Dynamik brach sich nicht zuletzt in Deutschland Bahn und strebte nach neuen Absatzmärkten; ein überbordender Reichsnationalismus fand sein Gegenstück im französischen Revanchismus, im britischen Jingoismus und im russischen Panslawismus. In Berlin ebenso wie in Paris, in London und in Petersburg sahen sich die Regierungen immer stärker unter den Erwartungsdruck einer ideologisch aufgeheizten Öffentlichkeit, eines „politischen Massenmarktes“ (Hans Rosenberg) gesetzt.

Zu den durchgehenden Maximen Bismarckscher Außenpolitik gehörten internationale Handlungsfreiheit, das Offenhalten von verschiedenen Optionen und das Vermeiden jeder einseitigen Abhängigkeit, sei es gegenüber Rußland, das nunmehr seine Protektorrolle und die deutsche Dankbarkeit für seine guten Dienste bei den drei Einigungskriegen 1864, 1866 und 1870/71 immer rücksichtsloser anmahnte, sei es gegenüber Österreich-Ungarn, sei es gegenüber Großbritannien. Außenpolitische Abhängigkeit aber hätte den Verlust der Großmachtstellung und den Rückfall in eine Juniorpartnerschaft bedeutet.

Sicherheit ließ sich auf drei möglichen Wegen für das Reich gewinnen: (Hillgruber)

1. Durch das gemeinsame Abstecken von Einflußsphären oder Interessenräumen zwischen den Großmächten zur Vermeidung von Kollisionen und auf Kosten der Klein- und Mittelstaaten Europas. Das Risiko lag in dem Wegfallen von Pufferzonen und in der Gefahr der Abhängigkeit von einem nach Süden expandierenden Rußland.

2. Durch präventive militärische Schläge gegen einzelne potentielle Gegner an jeweils exponierten Stellen, wie sie wiederholt von Moltke und seinem Nachfolger Waldersee gefordert und von Bismarck immer wieder entschieden abgelehnt wurden. Hier bestand die Gefahr, daß ein Prävenire, statt gegnerische Koalitionen zu zerschlagen, diese gerade in eine gemeinsame Abwehrfront gegen Deutschland zusammenführen würde.

3. Der dritte, von Bismarck als einzig gangbar erachtete und zur Leitmaxime erhobene Weg bestand darin, mit Hilfe der Diplomatie die Interessen der übrigen Großmächte gegeneinander auszuspielen, ihre Gegensätze bis an die Schwelle des bewaffneten Konfliktes, aber keineswegs darüber zu schüren und dadurch die Spannungen insgesamt vom Zentrum Europas weg an seine Peripherie und nach Übersee zu lenken (Kissinger Diktat). Konkret hieß dies für Bismarck, durch ein geschicktes diplomatisches Kulissenspiel die Reibungen auf dem Balkan zwischen Rußland auf der einen, Österreich-Ungarn und Großbritannien auf der anderen Seite, im Mittelmeer zwischen Italien und Frankreich, in Nordafrika zwischen Großbritannien und Frankreich und in Mittelasien zwischen „Walfisch und Bär“ stets am Köcheln zu halten, ohne daß die Flammen offen emporschlügen und etwa einen europäischen oder Weltbrand entzünden könnten. Modern würden wir sagen, eine Politik der konfliktorientierten, aber stets kalkulierbaren „brinkmanship“ mit dem Ziel der Friedenssicherung. Es war ein äußerst riskantes Spiel, das Bismarck auf dem Balkan, dem heiß umkämpften und explosiven „cockpit of Europe“, wie es in den 1930er Jahren einmal jemand genannt hat, mehrfach aus den Händen zu gleiten drohte.

2. Bismarcks „großes Lehrstück für die Zukunft“ (Gall): die „Krieg-in-Sicht-Krise“ 1875.

Im Frühjahr des Jahres 1875, aus seiner Sicht „ein übles Jahr“, sollte Bismarck sich mit Nachdruck auf die Grenzen seiner Möglichkeiten außenpolitischen Handelns verwiesen sehen. Das französische Kadergesetz vom 13. März und die Tatsache, daß sich der Nachbarstaat überraschend schnell von seiner Niederlage erholt hatte und innerhalb weniger Jahre die Kriegskontribution abzahlen konnte, lösten in Berlin ein zwiespältiges Echo aus: Während die Militärs unter Moltke zum erstenmal massiv auf ein präventives militärisches Vorgehen gegen Frankreich drängten, wählte der Reichskanzler den unblutigen Weg der Demütigung „dieser Rothäute in Lackstiefeln“ (1873) - eingedenk seiner hellsichtigen Worte gegenüber dem Kaiser von Anfang Dezember 1872: „Unsere Hauptgefahr für die Zukunft beginnt von dem Augenblick an, wo Frankreich den monarchischen Höfen Europas wieder bündnisfähig erscheinen wird“. Er ließ die Krise mit Hilfe der freikonservativen und regierungsnahen „Post“ in dem berühmten Leitartikel „Ist der Krieg in Sicht?“ von Constantin Rößler anheizen, um Paris von der Heeresvermehrung abzuhalten und zugleich seine vermeintliche internationale Schwäche und Isolation massiv fühlen zu lassen. In diesem Augenblick jedoch intervenierten London und Petersburg diplomatisch und gaben der Berliner Regierung unmißverständlich zu verstehen, daß sie nicht geneigt seien, Frankreich im Stich zu lassen und seine weitere Demütigung widerstandslos hinzunehmen. Das europäische Gleichgewicht war aus der Londoner und der Petersburger Perspektive durch das drohende Auftrumpfen des Reichskanzlers gefährdet. Dieser mußte zugleich erkennen, daß auch eine Annäherung zwischen dem Zarenreich und der französischen Republik gegen Deutschland, auf die die revanchistischen und panslawistischen Kreise in beiden Ländern längst drängten, nicht mehr außerhalb des Möglichen lag. In diesem Kontext und im Zusammenhang mit der seit Sommer 1875 dramatisch eskalierenden neuen Balkankrise sind denn auch das sogenannte „Kissinger Diktat“, das der in Bad Kissingen zur Kur weilende Reichskanzler seinem Sohn Herbert am 15. Juni 1877 diktierte, und der hier beschworene „cauchemar des coalitions“ zu sehen.

Oft mißverstanden und überschätzt als eine Art verbindlicher „Meisterplan“ und als außenpolitisches Vermächtnis, stellte das „Kissinger Diktat“ eine aus der Aktualität des Tages gebo-rene Skizze in groben Zügen oder so etwas wie einen Kompaß außenpolitischer Richtungsfindung dar; dies nimmt ihm aber nichts von seinem grundsätzlichen Aussagewert. Seine Essenz läßt sich in fünf Stichworten wiedergeben: kein weiterer Ländererwerb, Deutschland als Vermittler bei europäischen Konflikten, Verlagerung von Konflikten an die Peripherie, Ablenkung der europäischen Großmächte von der Mitte des Kontinents und Behebung des „Koalition-salptrahmes“. Viel zitiert sind die Kernsätze:

„Wenn ich arbeitsfähig wäre, könnte ich das Bild vervollständigen und feiner ausarbeiten, welches mir vorschwebt: nicht als irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unserer bedürfen, und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden“.

3. Der „ehrlche Makler“ auf dem Höhepunkt seines Ansehens: Der Berliner Kongreß 1878.

Wie zerbrechlich und labil dieses außenpolitische Netz des Reichskanzlers geknüpft war, wie unkalkulierbar seine einzelnen Webfäden und wie sperrig sich diese Webfäden gegenüber der Einflußnahme von Berlin aus verhalten konnten, sollte die dramatische Zuspitzung der orientalischen oder Balkankrise gerade in diesen Wochen zeigen.

Der äußere Machtverfall des Osmanischen Reiches und seine innere Auflösung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert - jenes Reiches, das als „kranker Mann am Bosphorus“ immer wieder totgesagt wurde und dennoch eine erstaunliche Lebenskraft bis ins zwanzigste Jahrhundert entfalten sollte - auf der einen Seite und die Schlüsselstellung Konstantinopels am Bosphorus auf der anderen Seite lenkten die Aufmerksamkeit der Großmächte immer wieder auf die Südoststrecke des Kontinents, auf jenes Krisengebiet, das bis in unsere Gegenwart nichts von seiner Explosivität eingebüßt hat. Der wachsende Nationalismus der überwiegend christlichen Balkanvölker wirkte als Sprengkraft sowohl für das Osmanische als auch für das Habsburgerreich und zog zugleich magnetisch die Intervention der Russen als Schutzherren der Südslawen und der christlichen Orthodoxie auf sich. Ein russischer Vorstoß Richtung Dardanellen und Mittelmeer provozierte mit ebensolcher Regelmäßigkeit Mißtrauen und Protest der Briten. Insofern barg jeder Konflikt auf dem Balkan, mochte er am Anfang auch regional eng begrenzt sein, potentiell die Gefahr einer Eskalation zum europäischen Krieg in sich. „Die orientalische Frage ist ein Gebiet“, hatte Bismarck schon 1862 als Maxime richtungsweisend formuliert, „auf welchem wir unseren Freunden nützlich und unseren Gegnern schädlich sein können, ohne durch direkte eigene Interessen wesentlich gehemmt zu sein“. Nach seiner Ansicht gab es auf dem Balkan nichts zu gewinnen, das auch nur „die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert“ gewesen wäre.

Ihren Ausgangspunkt nahm die neue orientalische Krise, die vierte seit Beginn des 19. Jh's, von Aufständen in Bosnien und der Herzegowina sowie Bulgarien gegen die türkische Oberherrschaft, denen eine formelle Kriegserklärung Serbiens und Montenegros an die Hohe Pforte folgte. Der Balkan stand innerhalb weniger Monate in Flammen und rief von allen Seiten die Großmächte auf den Plan. Unter dem Druck der aufschäumenden antitürkisch-panslawistischen Welle erklärte die russische Regierung der Pforte Anfang April 1877 den Krieg und vermochte ihr im Bündnis mit Rumänien bereits ein Jahr später, am 3. März 1878, vor den Toren von Konstantinopel den Frieden von San Stefano zu diktieren. Das Friedensdiktat – Unabhängigkeit für Serbien, Montenegro und Rumänien, ein um Ostrumelien und Mazedonien vergrößertes und unmittelbar ans Mittelmeer herangerücktes Großbulgarien zunächst zwei Jahre unter russischer Besetzung und dann autonomes und der Türkei tributpflichtiges Fürstentum - veränderte das Gleichgewicht auf dem Balkan grundlegend. Es machte das Zarenreich dort zur Hegemonialmacht und provozierte sofort den Widerstand Österreich-Ungarns mit seiner Interessenzone auf dem westlichen Balkan und Großbritanniens. London sah nicht nur den durch den Bosphorus und die Dardanellen gebildeten „Doppelverschluß“ (Bismarck) durch die russischen Truppen vor den Toren Konstantinopels, sondern seine gesamte Stellung im östlichen Mittelmeer mit dem Zufahrtsweg nach Indien durch den

Suezkanal ernsthaft durch die Russen bedroht. Österreich-Ungarn erklärte Rußland für vertragsbrüchig, nachdem es im Geheimvertrag von Budapest am 15. Januar 1877 zu einer Ab-sprache über die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären auf der Balkanhalbinsel gekommen war. Es verständigte sich mit Großbritannien, das der Türkei gegen die Abtretung Zyperns Beistand und Verteidigung ihrer Integrität versprach. Im Frühjahr 1878 schien also ein schwerer europäischer Konflikt um die Balkanfrage unmittelbar bevorzustehen. Bismarck sah sich als Unbeteiligter nun gefordert.

Es genügte nicht mehr, sich als unbeteiligte Macht vornehm zurückzuhalten und darauf zu warten, bis die anderen Großmächte sich über die Balkanfrage heillos zerstreiten und gar zu den Waffen greifen würden. Denn die Russen forderten immer massiver die deutsche Rückendeckung für den Fall ihres Eingreifens in die Balkanhändel und sogar die Bereitschaft Berlins, sich **für** das Zarenreich und **gegen** Österreich-Ungarn zu entscheiden (Livadia-Schreiben). Unverhohlen und rücksichtslos setzte Gortschakow, der alte Gegenspieler Bismarcks, bei dem deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg, Generalleutnant von Werder, mit seinen Pressionen an. Am 1. Oktober 1876 telegraphierte dieser aus der kaiserlichen Residenz Livadia, der Zar erwarte, „daß, wenn es zum Krieg mit Österreich kommen sollte, Seine Majestät der Kaiser geradeso handeln würde, wie er es 1870 getan. Der Kaiser von Rußland sprechen mir fast täglich davon und wünschen dringend eine Bestätigung“. „Krieg mit Österreich“ - Alexander II. präsentierte seine Wechsel von 1866 und 1870/71 und Bismarck geriet in eine heillose Zwickmühle, lehnte es aber strikt ab, auf die ihm von den Russen vorgelegte „Doktorfrage“ gleichsam „in abstracto“ zu antworten. Die Fäden der europäischen Diplomatie drohten ihm zu entgleiten, das Reich in die gefürchtete Rolle eines europäischen Juniorpartners gedrückt zu werden. „Je schwieriger die Situation sich zuspitzt“, legte Bismarck schon im Oktober 1876 seine Linie verbindlich fest, „um so deutlicher müssen wir meines Erachtens uns gegenwärtig halten und in unserer diplomatischen Tätigkeit zum Ausdruck bringen, daß unser Hauptinteresse nicht in dieser oder jener Gestaltung der Verhältnisse des türkischen Reiches liegt, sondern in der Stellung, in welche die uns befreundeten Mächte zu uns und untereinander gebracht werden. Die Frage, ob wir über die orientalischen Wirren mit England, mehr noch mit Österreich, am meisten aber mit Rußland in dauernde Verstimmung geraten, ist für Deutschlands Zukunft unendlich viel wichtiger, als alle Verhältnisse der Türkei zu ihren Untertanen und zu den europäischen Mächten“. Das einzige Interesse Berlins sei, daß ein Ausgleich gefunden und ein Konflikt vermieden werde.

Der Berliner Kongreß vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 zeigte den deutschen Reichskanzler auf dem Höhepunkt seines Einflusses auf die europäische Politik. Ein verhängnisvoller Umschwung deutete sich aber im gleichen Augenblick in der Reichshauptstadt bereits an. Er signalisierte, welchen immanenten Belastungen und widerstreitenden Einflußfaktoren das vielgelobte „System Bismarck“ in der Außenpolitik ausgesetzt war und wie sehr sein Schöpfer im Grunde ständig am Abgrund manövrieren mußte. In Antwort auf eine Interpellation der beiden liberalen Parteien und der Freikonservativen hinsichtlich der Haltung der Reichsregierung zur orientalischen Frage definierte Bismarck in seiner berühmten Reichstagsrede vom 19. Februar 1878 nach dem russisch-türkischen Waffenstillstand, aber noch vor dem Siegfrieden von San Stefano Deutschlands Rolle auf einem Kongreß der europäischen Großmächte: Sie werde unter ihm als Leiter der deutschen Außenpolitik weder die eines „Schiedsrichters“ noch „auch nur“ die eines „Schulmeisters“ sein. Sie werde sich vielmehr ganz streng auf die des

Vermittlers beschränken, auf die „eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will“.

Diskret „makelnd“ brachte er denn auch schon hinter den Kulissen bereits vor dem Kongreß die Einigung zwischen London und St. Petersburg zustande: Ostrumelien wurde eine von der Pforte abhängige Provinz mit Verwaltungsautonomie unter einem christlichen Gouverneur. Mazedonien wurde an die Türkei zurückgegeben, die russische Besetzung Bulgariens auf neun Monate begrenzt, Montenegro, Serbien und Rumänien erhielten die Unabhängigkeit. Griechenland sollte einen Teil von Epirus und Thessalien erhalten, Österreich-Ungarn besetzte Bosnien und Herzegowina mit der Option eines späteren staatsrechtlichen Anschlusses. Der großbulgarische Traum einer Ausdehnung bis an die Gestade des Mittelmeers und damit an die britische Interessenzzone heran unter russischem Protektorat war ausgeträumt, das Zarenreich um einen Teil seiner Kriegsbeute gebracht und erfolgreich wieder vom Mittelmeer und den Meerengen zurückgedrängt. Zypern wurde von der dankbaren türkischen Regierung 1888 den Briten überantwortet.

Der europäische Krieg war im letzten Augenblick am Verhandlungstisch abgewendet, der Frieden gerettet, die Lösung der orientalischen Frage freilich nur aufgeschoben, aber keinen Deut nähergebracht. Vor allem aber: Deutschlands Verhältnis zum Zarenreich war heillos zerrüttet, das Dreikaiserabkommen von 1873 nur noch ein Fetzen Papier. In St. Petersburg herrschten tiefe Enttäuschung und Verbitterung gegenüber Bismarck, von dem sich die Russen um den Preis ihres militärischen Sieges gebracht wähnten. Der Kanzler hatte zudem eindeutig zu erkennen gegeben, daß er sich „nicht von Österreich abtreiben“ lasse. Der konservative britische Premier Disraeli konnte triumphieren: seinem Außenminister Salisbury, der an sich einer engeren britisch-deutschen Zusammenarbeit zuneigte, war es bei den Vorverhandlungen mit Rußland indirekt gelungen, die bewährte Freundschaft zwischen dem deutschen Kaiserreich und dem russischen Zarenreich zumindest zu beschädigen, wenn nicht für absehbare Zeit sogar ganz zu zerstören.

Bismarcks Haltung zum Berliner Kongreß war zwiespältig. Gegenüber Ludwig II. von Bayern stellte er optimistisch fest: „Der eigne Frieden blieb gewahrt“ und „unsre Beziehungen zu den beiden befreundeten Nachbarreichen sind erhalten und befestigt“. Eher pessimistisch dagegen in einem Rückblick: „Die größte Torheit meines politischen Lebens war der Berliner Kongreß“. Gleichzeitig zeichnete sich als sicherheitspolitisch gefährliche Alternative ab, daß ein gedemütigtes Rußland sich von Berlin abkehren und Paris zuwenden könnte. Das Kalkül des „Kissinger Diktates“ war nicht aufgegangen.

Um den Russen ihre Isolierung drastisch vor Augen zu führen, sie an der empfindlichsten Stelle ihrer Ausfuhrpolitik zu treffen und vielleicht auch auf einen Kurs der Wiederannäherung an Deutschland zu zwingen, erhöhte die Berliner Regierung ihren Druck 1879 und dehnte ihn auch auf den außenwirtschaftlichen Bereich aus: Unter dem Beifall der im Bündnis zwischen „Hochofen und Rittergut“ („Roggen und Eisen“) zusammengeschlossenen Großagrarier Ostelbiens (und Schwerindustriellen des Ruhrgebiets) benutzte Bismarck eine in einigen Gebieten des Zarenreiches grassierende Rinderpest als Vorwand, um Anfang 1879 die Grenze zum Zarenreich zu schließen und Österreich zu dem gleichen Schritt zu veranlassen. Gleichzeitig verabschiedete der Reichstag mehrheitlich die Schutzzollvorlage für Getreide,

die zum 1. Januar 1880 in Kraft trat und russische Ausfuhrgetreide auf dem deutschen Markt verteuerte und weniger wettbewerbsfähig machte. Damit war eine Achillesferse der Russen empfindlich getroffen: denn die Agrarausfuhr auf den deutschen Markt sicherte mit die notwendigen Einkünfte für die Importe von westlichen Investitionsgütern und damit die Grundlage für die industriewirtschaftliche Modernisierung des Zarenreiches.

In einer unaufhebbaren Verschränkung von Innen- und Außenpolitik schlug die sogenannte „konservative Wende“ von 1878/79 voll auf die Außenbeziehungen durch und belastete sie erheblich.

Der Ausgang des Berliner Kongresses gab dem Generalstabschef Moltke, stets gegen den Widerstand Bismarcks Anwalt eines „Präventivkrieges“, Anlaß, ab 1878 für den Fall eines Zweifrontenkrieges die Offensivplanung von Westen nach Osten zu verlagern.

Auf den Trümmern seines fein ausgeklügelten außenpolitischen Systems suchte Bismarck 1879 nach neuen Anknüpfungspunkten und Perspektiven. Er wählte, da ihm der direkte Weg nach Petersburg vorerst versperrt blieb, den Umweg über Wien.

4. Über Wien nach Petersburg: Vom Zweibund mit Österreich-Ungarn 1879 zum Dreikaiserbündnis von 1881.

Der am 7. Oktober 1879 abgeschlossene geheime Zweibund mit Wien sah den „casus foederis“ ausschließlich für den Fall eines russischen Angriffes vor. Bei dem Angriff einer anderen Macht vereinbarten Berlin und Wien, „mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung“ einzunehmen; sollte jedoch diese angreifende Macht von Rußland unterstützt werden (offenbar gezielt auf die Gefahr eines Zweifrontenkrieges), so waren die Vertragschließenden zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet. Der Zweibund blieb auf Betreiben des österreichisch-ungarischen Außenministers Andrassy weit hinter Bismarcks Erwartungen zurück. Angestrebt hatte er ursprünglich einen Zollbund, eine Verankerung in den Parlamenten und einen engen Schulterschluß, so etwas wie eine Renaissance des Deutschen Bundes als „einer Art von gegenseitiger Assekuranz-Gesellschaft für den Frieden“ (Hildebrand). Seine Ziele waren die Verhinderung einer Neuauflage der „Kaunitzischen Koalition“ von 1756/7 zwischen Rußland, Österreich und Frankreich gegen Preußen, die Stärkung des zurückgehenden Einflusses der deutschen Führungselite in Wien, die endgültige Aussöhnung mit den Verlierern von 1866, die Verbreiterung der deutschen Wirtschaftsbasis in Mitteleuropa und ein gewisser Schutz für den Fall eines Zweifrontenkrieges des Reiches gegen Frankreich und Rußland.

Der Vertrag mußte Wilhelm II. unter Androhung des Rücktrittes abgenötigt werden, der in ihm eine grobe Illoyalität gegenüber seinem Neffen Alexander II. sah. Er war „nicht mehr als ein unvollendetes Dreikaiserbündnis“ (Angelow), alles andere als eine Dauerlösung. Mit ihm begann das System „von außenpolitischen Aushilfen“, um das bedrohte Gleichgewicht der europäischen Mächte und die Stellung des Reiches in ihm zu sichern (Gall). Erst im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg sollte der Zweibund jenen Charakter eines Exklusivbündnisses bekommen, das die Berliner Regierung in der bewährten „Nibelungentreue“ (Bülow 1908)

„durch dick und dünn“ in die österreichisch-ungarischen Balkaninteressen verstrickte und dadurch den deutschen Handlungsspielraum erheblich einschränkte, wie sich in der Julikrise 1914 zeigen sollte. Bismarck widerstrebte die feste und langfristige Blockbildung. Ihm ging es eher darum, die Politik in einem „flüssigen Aggregatzustand“ zu halten. Ihm kam es um jeden Preis darauf an, „eine übermächtige Coalition gegen Deutschland“ zu verhindern. „Die ganze Politik beschränkt sich auf diese Formel: zu versuchen, einer von dreien zu sein, solange die Welt regiert wird vom schwankenden Gleichgewicht von fünf Großmächten“.

„Einer von dreien“ - Der Zweibund schrieb nunmehr den Weg nach St. Petersburg mit eifriger Unterstützung des Kaisers zwingend vor.

„Es ist mir auf diese Weise (d.h. durch Verhandlungen über den Zweibund-Vertrag mit Österreich-Ungarn, Wdt) gelungen“, erklärte Bismarck dem russischen Sonderbeauftragten des Zaren und Neffen seines alten Gegenspielers Gortschakow, Pjotr Saburow, Ende September 1879 in Berlin, „auszuführen, was ich die erste Etappe meiner Sicherungspolitik nennen möchte, zwischen Österreich und den Westmächten eine Schranke aufzurichten. Trotz der Sommerwolken, die sich meines Erachtens verziehen, verzweifle ich nicht, die zweite Etappe zu erreichen, das heißt, die Wiederherstellung des Dreikaiserbundes, des einzigen Systems, das meiner Meinung nach eine Maximaldauer des europäischen Friedens garantiert“.

Am 18. Juni 1881 war der Kanzler nach Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten besonders in Wien endlich am Ziel seiner Wünsche: eine Dreierkoalition, in der zwei Rivalen sich ständig gegenseitig belauerten und jeweils auf die vermittelnde Hilfe des Dritten angewiesen waren. Bismarck hatte nunmehr wieder die Chance, im Konfliktfall auf dem Balkan jeweils in Petersburg und Wien vermitteln zu können. „Wir müssen so situiert sein, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält“ (Brief an den Kronprinzen 1881). Das Dreikaiserbündnis sah für den Fall, daß sich einer der Vertragschließenden „mit einer vierten Großmacht im Krieg befinden würde“, die Einhaltung wohlwollender Neutralität vor. Man beachte genau den Wortlaut: Selbst wenn Frankreich nicht eindeutig als Angreifer auftrat, konnte sich Berlin der russischen Neutralität sicher sein. Nüchtern wurde auch die Eventualität eines Krieges zwischen einer der drei Mächte und der Türkei, den diese nicht provozierte, einkalkuliert und eine Neutralität vereinbart „aber nur in dem Fall, wo ein vorheriges Abkommen über die Ergebnisse dieses Krieges zwischen den drei Höfen geschlossen sein wird“ - hier das klassische Beispiel geheimer Kabinettpolitik der Großmächte zu Lasten Dritter, der Türkei! De facto wurde dem Zarenreich damit Neutralität zugesagt, sollte es mit Waffengewalt gegen die Türkei vorgehen, etwa um die Einfahrt britischer Kriegsschiffe ins Schwarze Meer mit Erlaubnis der Pforte zu verhindern.

In einem ebenfalls geheimen Zusatzprotokoll wurde eine Interessenabgrenzung auf dem Balkan vorgenommen: Österreich-Ungarn wurde zugestanden, Bosnien und Herzegowina sich „in einem Augenblick einzuverleiben, den es für günstig halten wird“. Für Bulgarien wurde vereinbart, sich der etwaigen Vereinigung mit Ostrumelien in den durch den Berliner Kongreß festgelegten Grenzen nicht zu widersetzen, „wenn diese Frage sich durch die Macht der Dinge erheben sollte“.

Damit schien die Gefahr einer Annäherung zwischen Rußland und Frankreich vorerst behoben, selbst wenn die panslawistische Öffentliche Meinung im Zarenreich dies ständig forderte.

Das Risiko, daß österreichisch-russische Spannungen auf Berlin übergriffen, war mit dem Dreikaiservertrag von 1881 jedoch in keiner Weise gebannt und sollte sich im Gegenteil in den folgenden Jahrzehnten ständig erhöhen. Bereits im Zweibund mit Österreich-Ungarn von 1879 lauerte längerfristig die Gefahr „der Militarisierung der internationalen Politik durch Militärbündnisse in Friedenszeiten“, die „sich in den kommenden Jahrzehnten zunehmend gegen das Reich“ kehren sollte. „Weder der Zweibund noch die nachfolgenden Abschlüsse des Kanzlers sollten einen Krieg vorbereiten, sondern den Frieden durch Bindung der Partner und Abschreckung der Nichtpartner sichern; aber die Mächtekonstellation spitzte sich durch dieses Denken vom Ernstfall her doch im Laufe der Jahre zu“ (Dülffer).

Ein weiterer diplomatischer Schritt zur Isolierung Frankreichs wurde möglich durch die französisch-italienischen Rivalitäten in Nordafrika, die Italien an den Zweibund heranführten. Der am 20. Mai 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien abgeschlossene Dreibund sah wechselseitig „mit all ihren Kräften Hilfe und Beistand“ vor, sollten Italien oder Deutschland unprovokiert von Frankreich angegriffen werden. „Wohlvollende Neutralität“ war nach Art. 4 garantiert für den Fall, „wo eine Großmacht (gemeint ist Rußland), die den gegenwärtigen Vertrag nicht unterzeichnet hat, die Sicherheit der Staaten einer der hohen vertragschließenden Parteien bedrohen sollte, und die bedrohte Partei sich dadurch gezwungen sehen sollte, ihr den Krieg zu machen“

Der Dreibund von 1882, erneuert 1887, 1891, 1902 und 1912, hatte für Bismarck in mehrfacher Hinsicht einen politischen Sicherheitswert, obwohl er ihn nicht überschätzte und ihn militärisch angesichts der italienischen Schwäche zu überschätzen, wohl auch keinen Grund hatte: Er stellte den Irredentakonflikt zwischen Wien und Rom um Triest und Südtirol politisch ruhig, brachte Österreich eine gewisse Entlastung an seiner Südfront und in seiner Interessensphäre auf dem westlichen Balkan, verstärkte die internationale Isolierung Frankreichs, bot die Chance, Großbritannien, das sich mit Frankreich in Nordafrika im Konflikt befand, indirekt an Deutschland heranzuziehen, und sicherte bei einem militärischen Prävenire gegen das Zarenreich, wie es der Generalstab nicht müde wurde zu fordern, die wohlvollende Neutralität Österreich-Ungarns und Italiens.

5. Der kurze Ausflug nach Übersee: Die Kolonialpolitik 1884/85

Das kurze kolonialpolitische Intermezzo Otto von Bismarcks 1884/5 scheint so demonstrativ und offenkundig aus dem Rahmen seiner europäisch-kontinental zentrierten Sicherheits- und Gleichgewichtspolitik zu fallen, daß es nicht Wunder nimmt, wenn über seine Ziele, Absichten, Hintergründe und Antriebsfaktoren besonders kontrovers in der Forschung diskutiert worden ist.

Noch 1870 hatte Bismarck bei den Vorverhandlungen zum Vertrag von Frankfurt das Angebot Frankreichs, als Kompensation für die Annexion Elsaß-Lothringens das spätere Indochina abzugeben, entschieden zurückgewiesen:

„Das ist aber ein sehr fetter Brocken für uns; wir sind aber nicht reich genug, uns den Luxus von Colonien leisten zu können“.

Ihm waren die Kosten für die Gründung, die Unterstützung und Behauptung von Kolonien noch lange viel zu hoch.

Bei dem Thema Kolonialpolitik hat sich beispielhaft gezeigt, wie sehr uns die Primatsdiskussion der siebziger und achtziger Jahre methodisch in eine Sackgasse geführt hat: Primat der Innenpolitik versus Primat der Außenpolitik. Gerade einer so komplexen Persönlichkeit wie Bismarck wird man nicht gerecht, wenn man versucht, seine Innen- und Außenpolitik eindimensional und monokausal auf ein einziges Kalkül zu reduzieren, ihre oft irritierende Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit auszublenden und überhaupt so etwas wie eine starr durchgehaltene Prinzipientreue und -festigkeit bei ihm zu postulieren. Bismarck war ein Pragmatiker, hielt sich, wenn möglich, stets Alternativen des Handelns offen und tastete durchaus unterschiedliche Wege der Systemerhaltung nach innen und nach außen ab und probierte sie aus.

So verschlingen sich gerade in dem kolonialpolitischen Intermezzo unauflöslich innen- und außenpolitische Motive, ohne daß man sich bei seiner Deutung voreilig auf einen „Primat“ festlegen oder gar, auch dies ist geschehen, diese Kolonialpolitik interpretatorisch zu eng schon an den Imperialismus der wilhelminischen Zeit heranrücken sollte. Was uns heute als **das** zentrale Antriebsmoment kolonialer Expansion erscheinen mag, könnte für Bismarck, diese Vermutung liegt nahe, eine freudig mitgenommene Konsequenz und Begleiterscheinung gewesen sein. Doch nun konkret: Der spektakuläre und von Bismarck zu Anfang durchaus widerwillig und distanziert angegangene Erwerb deutscher Schutzgebiete in Südwestafrika, Kamerun, Togo, Ostafrika sowie im Pazifik (Kaiser-Wilhelm-Land, Bismarckarchipel, Marshallinseln) ist von der älteren Forschung fast ausschließlich - und hier wird man heute nicht mehr folgen können - als genialer Schachzug europäischer Gleichgewichts- und Sicherheitspolitik des Kanzlers gedeutet worden. Dieser Deutung hatte er selbst massiv Vorschub geleistet durch seine vielzitierten Äußerungen gegenüber dem deutschen Afrikaforscher und Kolonialenthusiasten Eugen Wolf vom 5. Dezember 1888 aus der Distanz von drei Jahren rückblickend:

„Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika“.

In dem Erwerb von Kolonien sah Bismarck unter europäischem Aspekt ein Mittel, sich zeitweilig in einer Art „Kolonialentente“ wie dann auch auf der Berliner Kongokonferenz (Dezember 1884 bis Februar 1885) Frankreich anzunähern und damit Großbritannien international zu isolieren. Die Chancen eines Rapprochement zwischen Berlin und Paris im Zeichen einer Kolonialpolitik mit antibritischer Spitze (Südafrika) standen unter dem französischen Premierminister Jules Ferry nicht schlecht, wenngleich dieser im eigenen Lande mit seinem Ausgleichskurs sehr unpopulär war und infolgedessen stets mit seinem Sturz rechnen mußte. Gleichzeitig war Bismarck jedoch fest entschlossen, es über kolonialen Expansionismus nicht zum völligen Bruch mit England kommen zu lassen. Er schickte deshalb mehrfach seinen Sohn Herbert zu Ausgleichsverhandlungen in die britische Hauptstadt. Also auch hier ein ähnlicher und keineswegs risikoloser Kurs wie gegenüber dem Zarenreich: Demonstration von Stärke und Drohgebärden, massive Pressionen und Drohungen, um den Kontrahenten am Ende auf seine Seite zu ziehen und sich mit ihm zu arrangieren. Eine Erweiterung des deut-

schen Herrschaftsbereiches und militärische Stützpunkte (ohne ausreichende Flotte!) lagen Bismarck ebenso fern wie neue Kolonialbelastungen für den Reichsetat oder eine Reichskolonialverwaltung, wie manche Kolonialenthusiasten sie forderten. Auch glaubte er nicht recht an die Erschließung umfangreicher Siedlungskolonien, die u.a. mit der Forderung begründet wurde, die deutschen Auswanderer im Bereich eigener Kultur und Wirtschaftsbeziehungen zu halten. Demgegenüber favorisierte er Stützpunkte für den deutschen Überseehandel, die dem deutschen Kaufmann im internationalen Konkurrenzkampf einen gewissen Rückhalt zu geben vermochten.

Bismarck war jedoch auch stets ein taktisch vorgehender Innenpolitiker. Jedes Mittel war ihm recht, seine Stellung im Reichstag und in der deutschen Öffentlichkeit zu festigen und immun zu machen gegen die modernen Tendenzen parlamentarischer Machteingrenzung und -kontrolle, wie die Liberalen sie vertraten. Diese nach innen gerichtete Dimension seines außenpolitischen Handelns zu übersehen oder gar in Abrede zu stellen, wäre ganz abwegig. Insofern boten ihm kolonialpolitische Aktivitäten ein hochwillkommenes Mittel etwa als zugkräftige Wahlparole für die Reichstagswahlen 1884, „Flagge“ im wahrsten Sinne des Wortes nach außen zu zeigen, das nationale Prestigebedürfnis einer „verspäteten Nation“ am Beginn der Ära des Imperialismus zu befriedigen, dem deutschen Volk wieder eine große und verbindende nationale Aufgabe und Zukunftsvisionen zu weisen, nachdem der Reichsenthusiasmus der Einigung inzwischen längst abgeklungen war und sich eine allgemeine Resignation breitzumachen drohte. Einen Stillstand oder eine Sackgasse im Innern durch forcierte Aktivitäten nach außen zu überwinden, war eine erprobte und als „Sozialimperialismus“ in die Geschichte eingegangene Krisenstrategie - nicht nur in Deutschland. Neue populistische Tendenzen auf dem „politischen Massenmarkt“ (Hans Rosenberg) brachen sich Bahn; Lobbyisten organisierten sich in „pressure groups“ und Agitationsvereinen wie in dem 1882 gegründeten deutschen Kolonialverein und der zwei Jahre später gegründeten Gesellschaft für deutsche Kolonisation - beide gingen ab 1887 in der Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen - und meldeten ihre Forderungen an, Deutschland solle sich an der Aufteilung des „kolonialen Kuchens“ beteiligen, bevor es wieder wie schon einmal mit der Reichseinigung fast zu spät komme und damit in den Rang einer unbedeutenden Macht abrutsche.

Doch Bismarck blieb gegenüber diesen modernen Massenströmungen, selbst wenn er sie zeitweilig in seine Politik einbaute, skeptisch und mißtrauisch. Auch sollte man die Kolonialagitation im Reichstag damals noch nicht in ihrem innenpolitischen Gewicht überschätzen. Im Grunde galt für den Kanzler das weiter, was er schon Anfang der siebziger Jahre geäußert hatte: Kolonialbesitz für das Reich komme ihm vor wie der „seidne Zobelpelz in polnischen Adelsfamilien, die keine Hemden haben“. Am Ende seiner Amtszeit sprach er verächtlich von dem ganzen „Kolonialschwindel“.

Wie recht er mit dieser Skepsis gegenüber globaler Expansion haben sollte, wurde mit dem Sturz Jules Ferry's Ende März 1885 deutlich. Die antideutsche Stimmung brach sich unter Clemenceau in Frankreich wieder mächtig Bahn. Bismarck wurde auf das europäische Mächtekoncert zurückverwiesen und mußte in seinen letzten fünf Amtsjahren seine ganze Energie darauf verwenden, neue Gefahren für die äußere Sicherheit des Reiches abzuwehren.

6. Das widersprüchliche „System der Aushilfen“ im Zeichen der westöstlichen „Doppelkrise“ 1885/87: Mittelmeerabkommen, Rückversicherungsvertrag, Orientdreibund

Diesmal drohten im Zeichen der „Doppelkrise“ die Gefahren gleich von Westen und Osten. Es zeichnete sich genau das Szenario ab, das Bismarck stets fürchtete und zu konterkarieren sich bemühte: eine Annäherung zwischen Paris und Petersburg gegen die Macht in der Mitte, „le cauchemar des coalitions“. Skizzieren wir kurz die Hintergründe: Enttäuschung über mangelnden sozialen Fortschritt, Instabilität ständig wechselnder Kabinette und Ferry's Ausgleichspolitik mit Deutschland ließen 1886 für wenige Monate eine antiparlamentarisch-nationalistische Revanhebewegung um den Kriegsminister General Georges Boulanger, „Général Revanche“, hochkommen. Zwar konnte durch das beherzte Vorgehen des republikanischen Innenministers Constans und den Widerstand der Provinz gegen die boulangistische Propaganda ein Staatsstreich in Paris verhindert und Boulanger selbst wieder aus dem Rampenlicht zurückgezogen werden, bevor er größeres Unheil anrichtete. Bismarck aber wurde dadurch schlagartig vor Augen geführt, in welcher verhängnisvoller Weise sein außenpolitischer Handlungsspielraum durch den Frankfurter Frieden 1871 mit der Annexion Elsaß-Lothringens langfristig eingeschränkt worden war, zumal da es in Berlin keinerlei Anzeichen dafür gab, der Bevölkerung des annektierten Landes durch großzügige Reformen seines Status ihr Los erträglicher zu machen. "Wir sind tatsächlich durch Frankreich immobilisiert" schrieb Holstein Mitte 1886 dem Grafen Hatzfeld, dem Botschafter in London. Allerdings hat Bismarck die Boulanger-Krise auch im Interesse der für 1887 anstehenden Heeresvermehrung instrumentalisiert.

Gleichzeitig zogen auch auf dem Balkan dunkle Gewitterwolken auf, die das „Dreikaiserbündnis“ von 1881 ernsthaft in eine Zerreißprobe oder gar an den Rand seines Scheiterns zu führen drohte. Der ständig auf der Balkanhalbinsel glühende Funke drohte wieder einmal wie zehn Jahre vorher einen europäischen Kontinentalbrand auszulösen.

Die im September 1885 auf revolutionärem Wege erfolgende Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum Bulgarien unter Alexander I. von Battenberg, der sich inzwischen dem Zarenreich unter Alexander II. stark entfremdet hatte, löste eine gefährliche internationale Kettenreaktion aus: Von Wien unterstützte Ansprüche Serbiens auf Kompensation führten zu einem jener typischen „Stellvertreterkriege“ der Großmächte, wie wir sie dann im 20. Jahrhundert so zahlreich kennenlernen sollten. Hinter Belgrad stand Wien, hinter Sofia St. Petersburg als Schutzpatron der Slawen. Dies geschah, obwohl der Battenberger sich inzwischen die russischen Sympathien gründlich verscherzt hatte, als er einen immer selbständigeren Kurs steuerte und sich sogar anschickte, seine verwandtschaftlichen Kontakte nach London zu intensivieren und Briten wie Deutsche auf seiner Seite gegen Rußland in die Balkanhändel zu ziehen. Diesem Ziel diente auch der - am Ende von Bismarck erfolgreich blockierte - Plan einer Heirat mit der Hohenzollernprinzessin Victoria, der zweiten Tochter des Kronprinzen Friedrich Wilhelm und der Kronprinzessin Victoria, der Tochter der Queen Victoria. Dynastische Verbindungen spielten im europäischen Mächtekoncert damals nach wie vor eine wichtige Rolle. Wieder war Bismarck wie 1878 als „ehrlicher Makler“ gefragt, diesmal zwischen

den beiden engsten Verbündeten, Österreich-Ungarn und Rußland. Erneut richteten sich die Blicke auf Berlin. Zwar wirkte Bismarck massiv auf die Wiener Regierung ein, die beiderseitigen Interessensphären auf dem Balkan zu wahren. Auch stemmte er sich, freilich erfolglos, dagegen, daß nach der Absetzung des Battenbergers Anfang Juli 1887 der proösterreichische Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha-Koháry als Ferdinand I. zum Nachfolger gewählt wurde. Er lehnte es aber strikt ab, für das Zarenreich zu optieren. Eine scharfe antirussische Strömung im Reich, erneut unterstützt von Präventivkriegsplänen des Generalstabs nach Osten, und das Wissen um die antideutschen Pressionen der panslawistischen Kreise in Rußland hinderten ihn daran. Dadurch die Wiener Regierung vor den Kopf zu stoßen, schien ein noch höheres Risiko.

Eine Verdreifachung der agrarischen Schutzzolltarife 1885 schien der Petersburger Führung ein zusätzliches Indiz dafür, daß Bismarck nun endgültig in das antirussische Lager in Wien und London eingeschwenkt war. Bereits im Anschluß an die österreichische Intervention zugunsten Serbiens hatte Petersburg das „Dreikaiserbündnis“ für tot erklärt. Bismarck stand mit seinem außenpolitischen System der komplizierten „checks and balances“ der Bündnisse wieder wie genau zehn Jahre vorher vor einem Scherbenhaufen, und wieder waren die Balkanhändel die Ursache. Dabei war ihm stets bewußt, daß seine fein geknüpften Strategie der Konfliktvermeidung und Friedenserhaltung nur so lange funktionierte, wie sie auf die anderen Mächte eine gewisse Abschreckungsfunktion ausüben würde, daß sie aber einer ernststen Belastungsprobe kaum würde standhalten können. Düster bemerkte er am Ende des ereignisreichen Jahres 1887 zu dem preußischen Kriegsminister Bronsart von Schellendorf: „Nach Lage der europäischen Politik ist es wahrscheinlich, daß wir in nicht zu ferner Zeit den Krieg gegen Frankreich und Rußland gleichzeitig zu bestehen haben werden“.

Wenn sich der Reichskanzler in seinen letzten drei Amtsjahren noch einmal daran machte, sein Bündnissystem wieder aufzubauen und das europäische Gleichgewicht von Berlin aus wiederherzustellen, so sollten wir rückblickend davon absehen, dieses „System der Aushilfen“ zu einer genialen Tat hochzuloben und den „Rückversicherungsvertrag“ mit Rußland 1887 als Meisterleistung und Eckstein dieses Systems zu feiern, wie es seine Bewunderer nach 1890 immer wieder versucht haben. Es war kein überlegenes und sicheres „Jonglieren mit den fünf Bällen“ ohne Gefahr, daß einer dieser Bälle oder gleich mehrere dem Kanzler aus der Hand springen und eine eigene, autonome Schwungkraft entfalten könnten. Im Gegenteil. Wir sollten die Vereinbarungen von 1887 als das stehenlassen, was sie wirklich waren: ein mühsam geknüpftes Sicherheitsnetz, in sich brüchig, kompliziert, anfällig, künstlich und zutiefst von Widersprüchen durchzogen; nur getragen von der Hoffnung, daß es die Kontrahenten letztlich von einem Waffengang gegeneinander und gegen Deutschland abhalten und niemals ernsthaft erprobt werden würde.

Das Mittelmeerabkommen vom 12. Februar 1887 war eine wichtige Grundlage für die am 20. Februar anstehende Verlängerung des Dreibundes, die sich als außerordentlich schwierig erwies. London und Rom garantierten die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer, in der Adria, der Ägäis, und im Schwarzen Meer. Italien sicherte den Briten seine Unterstützung in Ägypten, umgekehrt die Briten den Italienern ihre Hilfe in Nordafrika, in Tripolis und der Cyrenaika, zu. Am 27. März trat Österreich dem Mittelmeerabkommen offiziell bei. Seinen Abschluß fand dieses komplizierte Vertragsgeflecht, dem sich im Mai 1887 noch Spanien

anschloß, im Dezember 1887 im Orient-Dreibund, einem unter aktiver Mitwirkung Bismarcks hinter den Kulissen zustande gekommenen Notenaustausch zwischen Wien, Rom und London. Die drei Mächte verpflichteten sich auf die Bewahrung des Status quo auf dem Balkan, auf die Erhaltung der Unabhängigkeit der Türkei „als Hüterin wichtiger europäischer Interessen“ und der Integrität ihres Gebietes sowie auf eine Politik der Eindämmung des russischen Einflusses auf dem Balkan und an den Meerengen. Insbesondere wurden die Wahrung der türkischen Rechte gegenüber Bulgarien und die Freiheit der Meerengen hervorgehoben. Bismarck hatte, wie gesagt, seine Hände im Spiel mit dem Ziel, Großbritannien an den Dreibund zu binden und auf die Verteidigung des Status quo auf dem Balkan an der Seite Österreich-Ungarns festzulegen, die Briten gleichzeitig mit in eine antifranzösische Front im Mittelmeer einzubeziehen und schließlich dem Habsburgerreich in seiner Frontstellung gegen Rußland eine gewisse Rückendeckung im Westen zu schaffen.

Bismarck schloß gleichzeitig am 18. Juni 1887 mit dem Zarenreich den geheimen Rückversicherungsvertrag mit dem „ganz geheimen Zusatzprotokoll“ ab und gab in ihm Rußland den Weg zum Balkan und zu den Meerengen hinter dem Rücken seines Wiener Bündnispartners frei: „In dem Falle, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, zur Wahrung der Interessen Rußlands selbst die Aufgabe der Verteidigung des Zuganges zum Schwarzen Meer zu übernehmen, verpflichtet sich Deutschland, seine wohlwollende Neutralität zu gewähren und die Maßnahmen, die Seine Majestät für notwendig halten sollte, um den Schlüssel seines Reiches in der Hand zu behalten, moralisch und diplomatisch zu unterstützen“.

Dieser Vertrag widersprach nicht nur Geist und Buchstaben der westlichen Verträge, sondern auch dem Zweibund. Auch stand er im Widerspruch zum Lombardverbot vom November 1887 (taktvollerweise genau an dem Tag des Zarenbesuches in Berlin verkündet) und zur erneuten Verdoppelung der Kornzölle, es sei denn, Herbert von Bismarck sollte Recht behalten, wenn er zu dem riskanten Entschluß einer Aussperrung Rußlands vom Berliner Anleihemarkt schlicht meinte: „Wenigstens den Versuch“ sollte man wagen, „dem Zaren durch Keulenschläge seinen Vorteil beizubringen“. Es war also offenkundig eine von Bismarck bewußt inszenierte Doppelstrategie von „Zuckerbrot und Peitsche“, um das Zarenreich am Ende wieder in die Allianz der drei konservativen Ostmächte zu zwingen und das „Dreikaiserbündnis“ von 1881 doch noch einmal zu restaurieren. Hier stellt sich freilich die Frage, ob der Reichskanzler den modernen Zusammenhang zwischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik wirklich ganz verstanden hat. Der Zar seinerseits war auch nicht untätig geblieben und hatte durch einen Ukas den Erwerb und die Nutzung von Boden in den westlichen Provinzen des Reiches für Ausländer untersagt. Dies traf den deutschen Großgrundbesitz in Polen besonders schwer. Wie sehr Bismarck bis zum Ende seiner Amtszeit im taktischen Kalkül seines Kissinger Diktates plante und handelte, Gefahren dadurch vom Reich an die Peripherie abzulenken, daß er hier einen gewissen Spannungszustand zwischen den anderen Mächten beförderte, ohne ihn freilich zum offenen Konflikt, der Berlin zum Eingreifen gezwungen hätte, hochzutreiben, zeigt ein Schreiben an den jungen Kaiser Wilhelm II. vom August 1888. Er bat den Empfänger ausdrücklich, es nach Erhalt zu verbrennen. „Ich zweifle nicht an der russischen Absicht, den Vorstoß auf Konstantinopel zu machen...Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens liegt es nicht in der Aufgabe unserer Politik, Rußland an der Ausführung seiner Pläne auf Konstantinopel zu hindern, sondern dies den anderen Mächten, wenn sie es in ihrem Interesse halten,

lediglich zu überlassen...Wenn Rußland sich dort einläßt, mindert sich seine Gefährlichkeit für uns durch Abziehung von unserer Grenze und durch die herausfordernde Spannung, in die es zu den Mittelmeermächten, namentlich zu England und auf die Länge auch zu Frankreich, tritt...Damit ist dann für England die Unmöglichkeit gegeben, in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle zu verharren“.

Bismarcks Bündnissondierungen gegenüber dem britischen Premier Salisbury Ende der 1880er Jahre stellen nur noch einen Epilog dar. Man kann sich ernsthaft fragen, ob der Kanzler die britische Interessenlage nicht damals gründlich falsch eingeschätzt hat, etwa wenn er die parlamentarische Verankerung eines solchen Bündnisses in beiden Ländern vorschlug. Eher ist zu vermuten, daß der Reichskanzler sich von seinen Sondierungen einen wirkungsvollen Einschüchterungseffekt gegenüber Frankreich und Rußland erhofft hat.

Damit kommen wir zu einer Bilanz:

7. Das Erbe: Hypothek oder Anachronismus?

In vielem stand die Politik Bismarcks, nicht nur seine Innen- sondern ganz besonders auch seine Außenpolitik, quer zu den modernen Tendenzen seiner Zeit, ohne daß man dies dem über Achtzigjährigen allzu persönlich anlasten sollte: Eine jüngere Generation, die bereits in der Saturiertheit des geeinten Reiches aufgewachsen war und begann, ihrer überdrüssig zu werden, drängte auf einen neuen nationalen Aufbruch hinaus in die Welt, um auch für Deutschland einen „Platz an der Sonne“ zu fordern. Wir kennen die Freiburger Antrittsrede des jungen Max Weber, in der er stellvertretend für seine Generation 1895 diese neue Aufbruchsstimmung, das ungeduldige Drängen der Nation zum Ausdruck brachte: „Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte“. Krieg wurde in dieser dynamisch vorwärtsdrängenden Zeit zwar nicht zwingend, aber doch immerhin denkbar in der Öffentlichkeit und nicht nur unter den Militärs: Ob nicht „ein gesunder Krieg einem so krankhaften Frieden“ vorzuziehen sei, fragte das liberale „Berliner Tageblatt“ bereits im Herbst 1886. „Wenn Deutschland“ so hieß es Ende August 1886 in der „Kölnischen Volkszeitung“, „in der Weltpolitik auf diese bescheidene Rolle sich beschränken wollte, dann hätte das deutsche Volk sich die Ströme von Blut und Schweiß sparen können, welche dazugehörten, das Deutsche Reich zu gründen“. „Hier ist eigentlich alle Welt für den Krieg“, schrieb Friedrich v. Holstein, Vortragender Rat und „graue Eminenz“ im Auswärtigen Amt, Anfang 1888 nach London an den Botschafter Graf Hatzfeld, „mit fast alleiniger Ausnahme von (S)einer D(urchlaucht), der die äußersten Anstrengungen macht, um den Frieden zu erhalten“. Das Zeitalter einer exklusiven nach außen streng abgeschotteten Kabinettpolitik und Geheimdiplomatie näherte sich seinem Ende. Politik geriet immer mehr unter den Erwartungsdruck der Öffentlichkeit, nicht nur in Deutschland, sondern ganz besonders auch in Frankreich und Rußland. Nationalistische Ausbrüche und Forderungen, hochgeputschte Massenleidenschaften und unerfüllte imperialistische Wünsche auf dem balkanischen „cockpit“ und in anderen Regionen drohten sich der lenkenden Hand in Berlin und in anderen Hauptstädten

des europäischen Mächtekonzernts zu entziehen, wenn sie nicht überhaupt schon bewußt entfacht worden waren. Überdies nahm die europäische Pentarchie u.a. durch die USA langsam globale Dimensionen eines Weltstaatensystems an. Es sollte nach anderen Spielregeln und Gesetzen funktionieren, als Bismarck sie dem europäischen Konzert hatte aufzwingen wollen und bis zu einem gewissen Grade auch erfolgreich hat aufzwingen können. Berlin rückte aus der Mitte dieses Systems langsam heraus. Die Dynamik der modernen Industrielwirtschaft suchte nach Rohstoff- und Absatzmärkten. Expansives und aggressives Prestigedenken einer nachwachsenden Generation verdrängte das von Bismarck ständig als Postulat gepredigte Bewußtsein der Sätturiertheit.

So geordnet, wie es die Anhänger Bismarcks gegenüber seinem Nachfolger Caprivi anklagend vorbrachten, war das Haus, das der Kanzler bei seinem erzwungenen Abgang im März 1890 hinterließ, auch außenpolitisch nicht. Die Beziehungen zu Rußland waren durch die Schutzzölle und die Sperrung des Berliner Anleihemarktes, hinter denen Bismarck voll stand, zerrüttet. Seit 1887 waren die Russen für neues Anlagekapital auf den Pariser Markt verwiesen. Dem sollte innerhalb weniger Jahre auch eine politische und militärische Annäherung zwischen den beiden Flügelmächten folgen, die Bismarck doch stets hatte vermeiden wollen. „Le cauchemar des coalitions“ nahm schon zu seinen Lebzeiten und nicht ohne sein Dazutun konkrete Gestalt an. Was sich aus deutscher Perspektive subjektiv zunehmend bis 1914 als eine Einkreisung durch die westlichen und östlichen Nachbarn darstellte, hatte objektiv durch Fehler der Berliner Politik teilweise auch den Charakter der Selbstauskreisung und -isolierung im internationalen Mächtesystem.

Otto von Bismarck war sicher in der Innen- ebenso wie in der Außenpolitik des Reiches zwischen 1870/71 und 1890 die beherrschende Figur, aber weder eine von den politischen Niederungen abgehobene Heldengestalt noch ein übermächtiger Dämon. Eingebunden in eine sehr schwierige Zeit des Überganges in die Moderne und in seinem Weltbild noch rückwärtsgerwandt, gleichzeitig konfrontiert mit den prägenden Tendenzen des 19. Jahrhunderts und ihren Folgen - Nationalstaatsbildung und Industrialisierung -, suchte er als flexibler Pragmatiker, niemals aber als Doktrinär ohne Alternativen zwei Ziele zu erreichen: die Erhaltung des halbabsolutistischen monarchischen Herrschaftssystems im Innern und die Sicherheit des Reiches nach außen. Beides ist ihm mit gewissen Abstrichen für einige Jahrzehnte gelungen.